

A4NEU Erneuerung der Bildungspolitik

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Bundesweites Abitur

2 Die Grüne Jugend SH setzt sich dafür ein, dass die schriftlichen Abiturprüfungen
3 und die Abiturvorbereitung bundesweit gleich sein sollen. Die Aufgaben sollen
4 unter Aufsicht der Kultusminister*innenkonferenz erstellt werden. Es soll
5 bundesweit vereinheitlicht werden, dass 3 schriftliche und eine oder zwei
6 mündliche Prüfung absolviert werden müssen, wobei selbstverständlich auch die
7 derzeitigen Regelungen für Ersatzleistungen beibehalten werden sollen. Die
8 schriftlichen Prüfungen sollen anonymisiert von fremden Lehrkräften korrigiert
9 werden. Die Ergebnisse der Prüfungen sollen (zusammen mit 1-2 mündlichen
10 Prüfungen) ein Drittel der Abiturnote ausmachen.

11 Eine Schule für Alle!

12 Die Grüne Jugend SH spricht sich für ein eingliedriges Schulsystem, einer
13 „Schule für Alle“ aus, in der alle Schüler*innen bis zur 9. Klasse zusammen
14 lernen.

15 An einer „Schule für alle“ werden alle Schüler*innen – mit und ohne Behinderung
16 – unterrichtet. Förderzentren in ihrer jetzigen Form sollen Schritt für Schritt
17 aufgelöst werden. Das gemeinschaftliche Lernen als oberstes Ziel inkludiert die
18 barrierefreie Gestaltung der gesamten schulischen Infrastruktur.

19 Mehr Flexibilität wagen

20 Die Grüne Jugend SH setzt sich dafür ein, dass der Unterricht flexibler und
21 individueller gestaltet wird. Dies bedeutet, dass der Stundenplan und das
22 Klassensystem aufgeweicht aber nicht abgeschafft werden müssen und die
23 Schüler*innen und Lehrer*innen stärker nach aktuellem Bedarf und Interesse die
24 Inhalte und Lerngruppen wählen können. Es soll weniger Frontalunterricht im
25 Klassenverband stattfinden und mehr Unterricht in Kleingruppen, in Einzel- und
26 Partnerarbeit sowie in Projekten. Projekte und praxisorientiertes Lernen sollten
27 eine größere Rolle im Schulalltag spielen. Hierfür ist es auch wichtig, stärker
28 mit Unternehmen, Vereinen und Verbänden zusammen zu arbeiten. Auch sollen die
29 Lehrkräfte stärker auf Binnendifferenzierung in der Schule achten, sodass nicht
30 alle Schüler*innen immer die gleichen Aufgaben bekommen, sondern je nach
31 Lernniveau andere. Zur Durchsetzung dieser Ziele spricht sich die Grüne Jugend
32 SH für die Senkung der maximalen Anzahl der Schüler*innen und mindestens zwei
33 Lehrpersonen gleichzeitig pro Klasse aus, sodass Lehrkräften eine
34 bedarfsgerechte Unterrichtsgestaltung unter der Beteiligung von Schüler*innen an
35 der inhaltlichen Gestaltung möglich ist. Darüber hinaus nimmt die
36 Demokratiebildung einen gesonderten Platz im schulischen Alltag ein, der sich
37 speziell durch die Förderung demokratischer Strukturen in der Schule
38 auszeichnet.

39 Noten erst ab Klasse 8!

40 Die Grüne Jugend SH setzt sich dafür ein, dass Noten erst ab der 8. Klasse
41 eingeführt werden und vorher durch individuelle Berichte der Lehrkräfte und
42 regelmäßige Gespräche ersetzt werden.

43 Genug Geld für gute Bildung!

44 Die Grüne Jugend SH fordert, dass Deutschland die Ausgaben für Bildung auf
45 mindestens 5,0% des BIP (OECD-Durchschnitt) erhöht. Das Geld soll in einen
46 geringeren Schlüssel von Lehrer*innen und Schüler*innen investiert werden,
47 besonders bei Schulen in herausfordernder Lage, sowie in digitale Infrastruktur
48 und in die Gebäude. Bund, Länder und Kommunen haben sich bei ihrer
49 Haushaltsplanung dafür einzusetzen der Bildung einen dementsprechend höheren
50 Stellenwert einzuräumen.

51 Schüler*innen stärken im Schulleiter*innenwahlausschuss

52 Die Grüne Jugend SH setzt sich dafür ein, dass die Schulgemeinschaft in den
53 Schulleiter*innenwahlausschuss künftig 5 Lehrer*innen, 3 Schüler*innen (vorher
54 2) und 2 Eltern (vorher 3) entsendet.

55 Privatschulgelderwahn stoppen!

56 Privatschulen abschaffen

57 Die Grüne Jugend SH setzt sich dafür ein, dass Privatschulen grundsätzlich ihre
58 Beiträge mit dem Ziel staffeln, dass alle Schüler*innen – unabhängig vom
59 Einkommen ihrer Eltern – jede Privatschule besuchen können.

60 Die Grüne Jugend SH setzt sich für ein Ende von Privatschulen ein. Es wurde
61 empirisch immer wieder gezeigt, dass Privatschulen das in Artikel 7 (4) des
62 Grundgesetzes geforderte Sonderungsverbot aufgrund von Besitzverhältnissen nicht
63 einhalten und Chancengleichheit verwehren. Sie tragen damit zu einer
64 sozioökonomischen und auch ethnischen Segregation im Schulsystem bei. Des
65 Weiteren setzen Privatschulen aus empirischer Sicht keine signifikanten
66 reformpädagogischen Impulse (mehr) für das Regelschulsystem und haben teilweise
67 Schwierigkeiten, eine hohe Unterrichtsqualität zu gewährleisten. Wir sollten
68 stattdessen all unsere Bemühungen in ein eingliedriges Schulsystem stecken, das
69 allen Schüler*innen in Schleswig-Holstein gerecht wird.

70 Verpflichtende Erste Hilfe Kurse

71 Im Lehrplan soll fest verankert werden, dass alle Schüler*innen während der
72 Schulzeit jährlich kostenlos einen Erste-Hilfe Kurs erhalten. Dieser kann an
73 Projekttagen oder im Unterricht stattfinden.

74 Mitspracherechte in der Landespolitik

75 Die Grüne Jugend SH fordert ein Rede- und Antragsrecht im Bildungsausschuss des
76 Landes für die Landesschüler*innenvertretungen. Außerdem soll die
77 Landesregierung die Möglichkeit schaffen, dass Kinder- und Jugendbeiräte mit
78 beratender Stimme in kommunalen Jugendhilfeausschüssen sitzen können.

79 Neue Oberstufe

80 Wir fordern eine Oberstufe, in der den Schüler*innen mehr Wahlfreiheiten und
81 Raum für persönliche Akzentsetzung ermöglicht werden, als in der aktuellen
82 Profiloberstufe.

83 Bring your own device (BYOD), JA, aber...

84 Die mobilen Endgeräte, die viele Schüler*innen bereits besitzen, sollen im
85 Unterricht auch verwendet werden, insofern Medienkompetenz ebenfalls vermittelt
86 wird. Für Schüler*innen, deren Eltern sich kein eigenes Endgerät anschaffen
87 können oder wollen, sollen in den Schulen kostenfreie Leihgeräte zur Verfügung
88 gestellt werden. Die Programme, mit denen im Unterricht gearbeitet wird, müssen
89 entweder kostenlos sein oder von der Schule bezahlt werden. An Schulen sollten
90 generell open source Programme präferiert werden. Außerdem soll für alle
91 Schulen, unabhängig von der Schulform, ein einheitlicher
92 Digitalisierungsstandard geschaffen werden.